A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 109 Sonnabend, den 13. September 1930 43. Jahrgang

Die 11. Völkerbundstagung.

Erste Vollversammlung.

Genf, 11. September.

Die 11. ordentliche Vollversammlung des Völkerbundes ist durch den Präsidenten des Völkerbundsrates Zumeta (Venezuela) eröffnet worden. Im Saale sind 5 Ministerpräsidenten und 18 Außenminister anwesend, darunter zum ersten Male der südafrikanische Ministerpräsident Hertzog.

Jede Abordnung ist durch drei offizielle Abgesandte vertreten, Deutschland durch den Reichsaußenminister Curtius, Graf Bernstorff und Ministerialdirektor Gaus.

Als Vertreter der anderen großen Mächte sieht man Briand, Henderson, Schober, den belgischen Außenminister, die drei Außenminister der Kleinen Entente und Polens, ferner die bekannte und überall geschätzte Persönlichkeit des greisen Grafen Apponyi sowie auch den bereits betagten italienischen Senator Scialoja, der nach der plötzlichen Abreise des Außenministers Grandi seit längerer Zeit wiederum im Völkerbundsrat seine Regierung vertritt. Die Tribünen sind überfüllt. Einige hundert Pressevertreter sind anwesend.

Kurz vor elf Uhr erklärte Präsident Zumeta, neben dem der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drumond, Platz genommen hat, die elfte ordentliche Tagung des Völkerbundes für eröffnet. Er verlas die übliche Präsidentenrede, die die bisherige Tätigkeit, Verdienste des Völkerbundes hervorhebt, sowie die Fortschritte des Völkerbundes preist und Hoffnungen für die Zukunft ausdrückt.

Gedenken Stresemanns.

Bei der Eröffnung der Vollversammlung des Völkerbundes hob der Präsident insbesondere die Tatsache des Hinscheidens von Dr. Stresemann hervor. Als wahrhafter Patriot habe Dr. Stresemann gewußt, daß das Wohlergehen jedes Volkes seit 1914 unlösbar an das Wohlergehen der Gesamtheit der Völker gebunden sei. Die Erinnerung an Dr. Stresemann bedeute gleichzeitig den dringenden Wunsch für den Abschluß der großen Aufgabe, die er sich gestellt habe und die sein Leben abkürzte, jedoch auch seinen Ruhm geschaffen habe.

Zugleich gedenke die Völkerbundsversammlung des glühenden Vorkämpfers für die große Sache der Menschheit, Fridtjof Nansens. Die Eröffnungsrede streifte sodann vorsichtig die Ergebnisse der Londoner Flottenkonferenz. Briand wurde der Dank für die Inangriffnahme des Problems einer endgültigen Befriedung Europas ausgesprochen.

Französische Politik im Völkerbundssekretariat.

In deutschen Kreisen wird mit großem Befremden festgestellt, daß die amtliche Mitteilung des Völkerbundssekretariats über die Saaransprache im Völkerbundsrat am Dienstag zwar eingehend die Erklärungen Briands über den französischen Standpunkt bringt, die entscheidenden deutschen Erklärungen des Reichsaußenministers jedoch unterschlägt. Die Mitteilung erwähnt die ausführlichen Erklärungen Dr. Curtius' nur mit einigen wenigen nichtssagenden Zeilen, während von der Rede Briands ein ausführlicher Auszug wiedergegeben ist.

Die Mitteilung des Völkerbundssekretariats verfolgt offensichtlich die Absicht, als die Unterlage für die Berichterstattung der internationalen Presse die öffentliche Meinung im Sinne des französischen Standpunkts in der Saarfrage zu beeinflussen.

Boykott.

Dänemark und die deutsche Handelspolitik.

Kopenhagen, 11. September.

Die Vereinigten Elektrizitäts-Werke von Südwest-Jütland haben gegenüber Deutschland sich zu einem Schritt entschlossen, der Befremden erregen muß. Die Werke hatten die Lieferung eines neuen Generators öffentlich ausgeschrieben. Unter den Angeboten befand sich ein deutsches, das etwa 10 v. H. unter den dänischen lag. Gleichwohl hat sich die Direktion für ein dänisches Angebot entschieden, das 110 000 Kronen kostet.

Ihre Entscheidung will sie in einem Schreiben an die deutsche Firma, die das Angebot gemacht hat, damit begründen, daß, wenn Deutschland eine Handelspolitik treibe, die zum Schaden der dänischen Landwirtschaft und des deutschen Wirtschaftslebens sei, so müsse Dänemark zu Gegenmaßnahmen schreiten. Das amtliche Deutschland dürfe sich nicht wundern, wenn die dänische Landwirtschaft gegen die deutsche Handelspolitik reagiere.

Diese dänische Politik werde fortgesetzt werden, wenn sich die Gelegenheit dazu biete. Das sei namentlich bei Kohlenlieferungen der Fall. Die westjütischen Molkereien hätten früher vornehmlich deutsche Kohlen bezogen. Von nun an sei eine Schwenkung vorgenommen worden und man würde zukünftig nur englische Kohlen kaufen.

*

Dieser Schritt des dänischen Elektrizitätswerkes greift einer etwaigen Neuregelung der deutsch-dänischen Handelsbeziehungen in einer Form vor, die nicht geeignet ist, kommende Verhandlungen zu erleichtern. Die Beschwerden Dänemarks über die deutsche Handelspolitik beziehen sich auf den deutsch-finnländischen Vertrag, der aber nicht vor Ende November in Kraft treten kann. Der Streitpunkt ist hier eine den bisherigen Gepflogenheiten des internationalen Handelsrechts widersprechende Auslegung der Meistbegünstigungsklausel durch Dänemark. Dänemark behauptet, daß Zollkontingente auf Grund der Meistbegünstigung von anderen Staaten nicht in absoluter Höhe, sondern in relativer Höhe im Verhältnis zu der sonst üblichen Ausfuhrmenge angerechnet werden müßten, so daß im konkreten Fall Dänemark nicht allein die im finnländischen Vertrag zugestandene Buttermenge unter der Zollbindung nach Deutschland einführen dürfe, sondern eine sehr viel höhere Menge. Es muß ferner darauf verwiesen werden, daß z. B. in Lettland der lettische Bauernbund, die stärkste Regierungspartei, zum deutsch-finnländischen Vertrag ausdrücklich erklärt hat, Lettland müsse sich rechtlich mit ihm abfinden; allerdings ergäbe sich dann für künftige Handelsvertragsabschlüsse die Folgerung, daß man auf die allgemeine Meistbegünstigung verzichten und die Gegenseitigkeitsklausel einführen müsse. Uebrigens waren die deutsch-finnländischen Vertragsverhandlungen auch von Seiten der holländischen Landwirtschaft zum Anlaß genommen worden, eine Boykottbewegung gegen Deutschland anzudrohen. Man hat jedoch holländischerseits auf die Durchführung dieses Boykotts verzichtet und lediglich die Forderung einer grundsätzlichen internationalen Klärung erhoben. Es würde auch den dänischen Interessen nur dienen, wenn Dänemark nach dem Beispiel Lettlands und Hollands Verhandlungen nicht durch vorschnelle und unwirtschaftliche Maßnahmen erschweren würde.

Wie urteilt das Ausland?

Unterredung mit einem amerikanischen Bankfachmann.

Neuyork, 12. September.

Einer der angesehensten internationalen Wirtschaftskenner Mr. Murnane von dem Neuyorker Banhhaus Lee Higginson hat die Eindrücke eines mehrmonatlichen Aufenthaltes in Deutschland in einem Interview mit der „New York Times" niedergelegt. Seine Ausführungen verdienen vom deutschen Standpunkt aus ebensoviel Interesse wie vom amerikanischen. Murnane ist ein Geschäftsmann. Was er in ruhiger Abwägung über die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands sagt, ist rein vom Standpunkt des Geschäftsmannes aus zu werten. Murnane sagt und will sagen: ich habe das deutsche Geschäft geprüft und habe gefunden, daß es gut und sicher ist; Deutschland ist kreditfähig und ist kreditwürdig; man kann Vertrauen zu ihm haben. Eine so gewichtige Stimme wie die seine wird sicher bei den führenden Wirtschaftlern der Welt nicht ohne Wirkung bleiben. Das deutsche Interesse an den Murnanschen Ausführungen aber erstreckt sich im wesentlichen auf die Frage, wie Murnane seinen optimistischen Eindruck über Deutschlands Zukunft begründet. Diese Begründung ist eine politische. Er spricht davon, daß die Regierungspolitik das Budget von den Lasten der Arbeitslosenversicherung weitmöglichst befreit und dadurch ein jahrelanges Element der Unsicherheit beseitigt hat; er spricht von dem großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramm, das auf dem Wege über Reichsbahn und Reichspost und andere Behörden mehr als 1 Milliarde Rm. in die Wirtschaft hineingepumpt hat; und er spricht auch von den Steuererhöhungen, die zwar unpopulär seien, aber auch unvermeidlich. Wenn man weiß, wie von manchen Seiten all diese Maßnahmen in Deutschland selbst kritisiert worden sind, so ist die Schlußfolgerung von besonderem Interesse, die Murnane als ein besonders maßgebender Ausländer aus den gleichen Tatsachen zieht:

„Die deutsche Regierung — so erklärt er wörtlich — hat durch ihre bisherigen Maßnahmen einen Geist der Führung und Entschlossenheit gezeigt, die einen hoffnungsvollen Ausblick in die Zukunft eröffnen. Man darf hoffen, daß die kommenden Reichstagswahlen die bisher eingeschlagene Richtung bestätigen und befestigen werden. Ich glaube, daß der gesunde Sinn des deutschen Volkes den politischen Extremen mißtraut, sich bei den Wahlen dahin entscheiden wird, den bisher eingeschlagenen Kurs nicht zu gefährden."

Es hat bisher auffallend an Aeußerungen des Auslandes über die deutsche politische Lage am Wahltage gefehlt. Hier endlich ist eine Aeußerung, und noch dazu die eines weltbekannten Wirtschaftlers. Sie dürfte auch in Deutschland einiges zu denken geben.

Aus Mangel an Mitteln . . .

Köln, 12. September.

Die diesjährigen Arbeiten am Mittellandkanal, die in der preußischen Provinz Sachsen und in Braunschweig ausgeführt werden, sind in Gefahr, aus Mangel an Mitteln vorzeitig zum Stillstand zu kommen. Dadurch würden mehrere tausend Arbeiter beschäftigungs- und brotlos. Die Stockung soll dem Blatt zufolge darauf zurückzuführen sein, daß die preußische Regierung sich weigert, ihren vertraglich vereinbarten Anteil an der Finanzierung dieser Arbeit bereitzustellen.

Nach dem Vertrag, den das Reich mit den in Betracht kommenden Ländern (Preußen, Sachsen, Braunschweig und Anhalt), im Jahre 1926 abgeschlossen hat, waren die Kosten für die Fortführung des Mittellandkanals so verteilt worden, daß ⅔ vom Reich und das übrige Drittel gemeinsam von den genannten Ländern aufgebracht werden sollten. Nach den für das Rechnungsjahr 1929 aufgestellten und von den beteiligten Regierungen genehmigten Plänen entfielen auf das Reich rund 18 Mill. Rm., auf Preußen etwa 7 Mill. Rm. Bei der Bezahlung dieses Betrages sei der preußische Staat mit 3 Mill. Rm. im Rückstand geblieben. Für das laufende Rechnungsjahr seien die Bauten im Einvernehmen zwischen den beteiligten Regierungen nach dem Plan des Vorjahres fortgeführt worden. Preußen habe jedoch von den in Frage kommenden 7 Mill. Rm. noch nicht einmal einen Teil bereitgestellt.

Der Anteil des Reiches und der übrigen Länder sei nahezu vollständig verausgabt, so daß die Arbeiten, die an sich bis in den Dezember hinein fortgeführt werden könnten, bereits Mitte Oktober zum Stillstand kommen würden.

Die preußische Regierung habe ihre Weigerung, die fälligen Bauraten abzuführen, in doppelter Weise zu begründen versucht, und zwar erstens mit dem Hinweis auf die schwierige Finanzlage Preußens und die Unmöglichkeit der Beschaffung von Deckung auf dem Anleihewege, zweitens damit, daß Preußen an das Reich bestimmte Forderungen aus der Wasserstraßen- und Eisenbahnabfindung sowie aus der Verrechnung der Pensionen für frühere preußische Wasserstraßenbeamte habe. Ueber diese Streitfrage, für die der preußische Staat augenscheinlich durch seine Haltung bei der Finanzierung der Mittellandkanal-Arbeiten eine Besserung seiner Position herbeizuführen beabsichtige, seien die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Im Vertrag von 1926, der nach dem Entstehen der erwähnten preußischen Forderung an das Reich abgeschlossen wurde, sei von der Möglichkeit einer Verquickung dieser Fragen oder von einer Aufrechnung der zu zahlenden bzw. zu vereinnahmenden Beträge nichts gesagt.

Wachsende Erwerbslosenziffer.

2 873 000 Arbeitslose am 31. August.

Berlin, 11. September.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt hat in der zweiten Augusthälfte die Belastung der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge etwas zugenommen. Der Zugang an Hauptunterstützungsempfängern in der Versicherung hält sich mit rund 11 000 Köpfen in den Grenzen der vorjährigen Bewegung, allerdings bei doppelt so hoher Belastung der Versicherung. Die Zahl der Krisenunterstützten ist um etwa 20 000 gestiegen. Damit hat die Belastung beider Unterstützungseinrichtungen zusammen einen Stand von rund 1 947 000 Unterstützten erreicht.

Die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden ist ebenfalls weiter gestiegen. Nach Abzug derjenigen, die noch in gekündigter oder ungekündigter Stellung oder in Notstandsarbeit beschäftigt waren, mußten von den bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitsuchenden — einschließlich der üblichen Fluktuation des Marktes und eines gewissen Bestandteils Erwerbsbeschränkter — am 31. August rund 2 873 000 als arbeitslos gelten. Das Anwachsen dieser Zahl, die während der ersten Hälfte des Monats um etwa 80 000 gestiegen war, ist langsamer geworden; es belief sich in der zweiten Hälfte des Monats nur auf etwa 28 000. Im ganzen ist der Arbeitsmarkt während der Berichtszeit etwas stärker in Bewegung geraten. In einzelnen Bezirken und Berufsgruppen war eine leichte Besserung der Vermittlungsmöglichkeiten zu verzeichnen, denen jedoch neue Entlassungen überwiegend gegenüberstehen.

Herabsetzung der Einwanderungsquoten.

Verweigerung des Visums.

Washington, 11. September.

Das Staatsdepartement hat in Ausführung der Anweisung des Präsidenten Hoover über weitere Beschränkung der Einwanderung die amerikanischen Konsuln in Europa

Mit Hugenberg zur Rettung der deutschen Wirtschaft! Liste 2!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300913-16/fragment/page=0001

zu Konferenzen einberufen, auf denen die genauen Richtlinien für die strikteste Anwendung der geltenden Einwanderungsbestimmungen erläutert werden sollen.

Solche Konsularkonferenzen finden statt am 22. September in London für England, Irland und die nächstgelegenen Kontinentalstaaten, am 26. September in Stuttgart für Deutschland, die Schweiz, Nordfrankreich, die Tschechoslowakei, Oesterreich, Ungarn, Italien, Jugoslawien und Schweden, schließlich am 1. Oktober in Warschau für Polen, Finnland und Lettland. Aehnliche Maßnahmen sind bereits im Herbst vorigen Jahres gegenüber Mexiko und Kanada eingeführt worden, obwohl die Angehörigen dieser Staaten nicht der Quotenregelung unterliegen, sondern lediglich dem Visumzwang unterworfen sind. Sie führten zu beträchtlicher Einschränkung der mexikanischen und kanadischen Einwanderung. — Präsident Hoover hatte in der letzten Kongreßsession einen Gesetzentwurf einbringen lassen, wonach die Gesamtzahl aller Einwanderungsquoten um die Hälfte vermindert werden sollte. Bei der Fülle anderer Gesetze konnte die Novelle indessen nicht verabschiedet werden.

Die Regierung will deshalb im Einverständnis mit den amerikanischen Gewerkschaften die europäische Einwanderung von Arbeitern nunmehr auf dem Verwaltungswege durch die Verweigerung des Visums möglichst einschränken.

Pilsudskis Gewaltakt.

Warschau, 10. September

In den frühen Morgenstunden wurden sieben frühere Abgeordnete und führende Persönlichkeiten des Zentrolew in Warschau verhaftet. Unter den Verhafteten befinden sich der Vorsitzende des zentralen Vollzugsausschusses der sozialistischen Partei Polens, Barlicki, der bekannte Ankläger des früheren Finanzministers Czechowitz, Dr. Liebermann, ferner Dr. Pragier und der Redakteur des „Robotnik", Dubois, sämtlich Abgeordnete der sozialistischen Partei.

Schließlich wurden von der Wyswolenie-Partei der Abgeordnete Baginski, von der Piasten-Partei Dr. Kiernik und von der Nationalen Arbeiterpartei Demski festgenommen. Die Verhaftungen erfolgten auf besondere Verfügung des Innenministers Skladkowski. Dr. Kiernik wurde in einem Auto in unbekannter Richtung abgeführt. Diese aufsehenerregenden Verhaftungen haben in politischen Kreisen die größte Erregung hervorgerufen. Bis zum Augenblick ist von behördlicher Seite noch keinerlei Erklärung zu diesen ungewöhnlichen Vorgängen erfolgt. Man nimmt an, die Regierung habe auf diese Weise durch die Verhaftungen in ihrer besonderen Art die endgültig erfolgte Bildung des Zentroliinksblocks, das sind Mittel- und Linksparteien, beantworten wollen. Im letzten Augenblick verlautet, daß ähnliche Verhaftungen von Abgeordneten des Zentrolew auch in der Provinz vorgenommen wurden.

Ruhe in Argentinien.

Die Wiederherstellung der Ordnung.

Buenos Aires, 11. September.

Die provisorische Regierung Argentiniens erklärte in einer Kundgebung an das Volk die Form, in der sie zu regieren beabsichtige. Die Gegenwart von Militärpersonen in der provisorischen Regierung dürfe keine Befürchtungen erregen. Die provisorische Regierung würde nur die unbedingt erforderliche Zeit im Amt bleiben, um die Ordnung wiederherzustellen und alsdann die Regierungsgewalt den verfassungsmäßig freigewählten Vertrauensmännern des Volkes zu übergeben.

Die erneute Festnahme des Expräsidenten Irigoyen, seiner Minister und der Mehrzahl der personalistischen Abgeordneten erfolgte, um einer etwaigen Gegenrevolution, die nach wie vor von einigen Provinzen her möglich wäre, der Führer zu berauben. In La Plata, die eine Hochburg der Personalisten war, verstanden es die Mitglieder der Provinzregierung, sämtlich unbedingte Anhänger Irigoyens, sich in Sicherheit zu bringen, so daß die Regierungsgeschäfte vom Chef des 7. Infanterieregiments übernommen werden mußten.

Zum Polizeipräsidenten in Buenos Aires wurde Admiral Hermelo ernannt. Die Ernennung verfolgte den Zweck, die Marine, deren Haltung zum Teil noch nicht geklärt ist, für die neue Regierung zu gewinnen. Zum Generalinspektor der Armee wurde der frühere Kriegsminister Justo ernannt, der den Posten unter der Regierung des Präsidenten Alvear bekleidete, und der dem gemäßigten Flügel der radikalen Partei, nämlich den Antipersonalisten, angehört. In verschiedenen Provinzen, deren Regierungen gestohen waren, wurden Militärpersonen provisorisch mit ausübender Gewalt betraut. Die führenden Bankinstitute von Buenos Aires stehen der geschaffenen Lage und ihrer weiteren Entwicklung mit Optimismus gegenüber.

Die neue Regierung trifft, obwohl die Stadt jetzt ruhig ist, alle Maßnahmen, um ihr Regime zu befestigen. Vor allem ist sie bestrebt, jede gegenrevolutionäre Tätigkeit seitens der noch in der Stadt befindlichen Anhänger Irigoyens zu verhindern. So ordnete General Uriburu die Auflösung des Gemeinderats an und machte den Vorschlag, die sogenannte Kavallerie-Sicherheitswache, eine inoffizielle Polizeitruppe, aufzuheben.

Die Vertreter von vierzehn argentinischen und ausländischen Banken haben der neuen Regierung einen Kredit von 50 Millionen Pesos auf die Dauer von 180 Tagen zu 5 Prozent ohne Sicherheitsstellung angeboten.

Aus dem In- und Auslande.

Erfundene polnische Tendenzmeldung.

Warschau, 12. September. Während der „Krakauer Illustrierte Kurier" in seiner Mittagsausgabe von dem Absturz eines deutschen Beobachtungsballons bei Druskiennikki gemeldet hat, erklärt der „Przegland Wieczorny", daß es sich in diesem Falle um einen litauischen Fesselballon handelt, der auf litauischer Seite in den Njemen-Fluß fiel und von litauischen Soldaten an das litauische Ufer herübergezogen wurde. Die Meldung des „Krakauer Illustrierten Kuriers" ist wiederum ein Beweis dafür, mit welchen lügenhaft entstellten Meldungen die polnische Presse gegen Deutschland unablässig schürt.

Sowjetrussischer Einspruch in Helsingfors.

Helsingfors, 12. September. Der russische Gesandte in Helsingfors hat beim finnischen Außenminister scharfen Einspruch dagegen erhoben, daß die Lappo-Leute fortfahren, finnische Kommunisten zur sowjetrussischen Grenze zu befördern. Die sowjetrussische Regierung sehe sich genötigt, schärfere Gegenmaßnahmen zu ergreifen, falls sich das nicht ändere. Der Einspruch ist in schärfstet Tonart vorgebracht worden, weil die finnische Regierung die erste sowjetrussische Note in der gleichen Angelegenheit nicht beantwortet hat.

Abschluß der großen französischen Manöver.

Paris, 12. September. Die großen Manöver in Lothringen haben ihren Abschluß gefunden. Kriegsminister Maginot sowie der Chef des großen Generalstabes, General Weygand, nahmen die Parade ab, die sich an vier verschiedenen Orten vollzog. Der Kriegsminister dankte dem Leiter der Manöver, General Procard, in einer langen Erklärung und bat ihn, auch den Truppen seine Anerkennung für die großen Leistungen auszusprechen, die sie in den „schweren" Tagen vollbracht hätten. Was er während der großen Manöver gesehen habe, überzeuge ihn davon, daß die französische Armee in ausgezeichneter Verfassung sei, und daß Frankreich auf sie bauen könne.

Transjordanien meldet sich.

London, 12. September. Der bevorstehende Besuch des Premierministers von Transjordanien, Hassan Khalib Pascha, in Europa steht in erster Linie mit Bestrebungen im Zusammenhang, die Revision des englisch-transjordanischen Vertrages zu erwirken. Transjordanien ist ein Mandat der A-Klasse und hat denselben Ehrgeiz wie der Irakstaat, ein Mitglied des Völkerbundes zu werden. Frühere Bemühungen mußten immer zurückgestellt werden, da man zunächst die Entwicklung der englisch-mesopotamischen Beziehungen abwarten wolle.

Kleine politische Meldungen.

Tragen einheitlicher Kleidung in München am Wahltag verboten. Die Polizeidirektion München hat zur Sicherung der Reichstagswahlen das Tragen von Uniformen, Bundestrachten, sowie von Armbinden, von Sonnabend vor den Wahlen bis Montag mittags 12 Uhr verboten.

Ruhrschiedsspruch verbindlich erklärt. Amtlich wird mitgeteilt: Der Schiedsspruch vom 4. September 1930 für den Ruhrkohlenbergbau ist für verbindlich erklärt worden.

Das amerikanische Flottenbauprogramm fertiggestellt. Das Washingtoner Flottenamt hat das Bauprogramm für die nächsten fünf Jahre fertiggestellt. Zur Erreichung der in London festgesetzten Flottengleichheit steht der Haushalt eine jährliche Ausgabe von 125 Millionen Dollar vor.

Roosevelt fordert Widerruf des Prohibitionsgesetzes. Der Gouverneur von Neuyork, Roosevelt, fordert in einer aufsehenerregenden Erklärung den Widerruf des Prohibitionsgesetzes und verlangt dafür die Stellung des Handels mit Alkohol unter Staatskontrolle.

„Graf Zeppelin" in Moskau.

Begeisterter Empfang.

Moskau, 11. September.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist auf dem Frunse-Flugfeld in Moskau glatt gelandet. Das Luftschiff wurde von einer vieltausendköpfigen Menge und von Vertretern der Sowjetregierung, der deutschen Botschaft und der Presse begeistert empfangen.

Zur Landung des Luftschiffes war auf dem Moskauer Flugplatz eine Kompagnie Fliegertruppen als Haltemannschaft bereitgestellt, die ihre Aufgabe gut erfüllte. Der Flugplatz selbst war von dichten Menschenmengen überfüllt. Berittene Polizei und Truppen der OGPU. hielten die Ordnung aufrecht. Auf dem Ehrenplatz sah man die Vertreter des Außenkommissariats unter Führung des früheren Berliner Handelsvertreters Stomonjakow, den Leiter der Luftstreitkräfte Baranow, Vertreter des Kriegs- und Revolutionsrates, den Oberbefehlshaber des Moskauer Militärbezirks Kork, ehemaliger Militärattaché in Berlin, ferner die deutsche Botschaft unter Führung des Botschaftsrats von Twardowski, die deutsche Kolonie und die Vertreter der deutschen sowie der übrigen ausländischen Presse. Die Vertreter der Sowjetregierung beglückwünschten Dr. Eckener zu dem erfolgreichen Flug nach Rußland und der glatten Landung in Moskau. Immer wieder jubelte die Menge dem großen deutschen Luftfahrer zu. Die Vertreter des Stadtrates übermittelten sodann Dr. Eckener die Grüße des Moskauer Stadtsowjets.

Aus der Umgegend

Nebra, 13. September.

Auf zur Wahl! Die wichtigste Parole für den kommenden Sonntag für alle wahlberechtigten Reichsbürger dürfte wohl das vorstehende Stichwort sein. **„Wahlrecht ist Wahlpflicht!"** Wie oft ist das in den letzten Tagen gesagt und geschrieben worden. Und es ist schon wahr: Es könnte vieles besser sein im deutschen Vaterlande, wenn mehr Pflichtgefühl dem deutschen Bürger innewohnte.

Als Entschuldigungsgrund für seine Nachlässigkeit führt so mancher Nichtwähler an, er wisse nicht, was er wählen solle, er finde sich in dem Wirrwarr der Parteien nicht durch. Das ist nicht stichhaltig, denn jedesmal haben die in den Wahlkampf ziehenden Parteien durch die Presse, durch Versammlungen und Flugblätter für Aufklärung gesorgt.

Auch diesmal wieder, kurz vor der Entscheidung, wird nichts unterlassen, um die große Partei der Nichtwähler aufzuklären und an die erste Vaterlandspflicht zu ermahnen. So z. B. haben mehrere Wahlversammlungen stattgefunden, in denen die Redner der verschiedensten Parteien die Ursachen der heutigen traurigen Wirtschaftslage klargelegt und die notwendigen Maßnahmen in der Verwaltung genannt haben, wenn das deutsche Volk wieder bessere Tage erleben will. Reformiert muß werden, darin sind wir uns alle einig. Die Wege der einzelnen Parteien sind zwar verschieden, das Ziel aber gemeinsam, und schließlich werden doch alle das Vaterland bekennende Parteien zu einer Einigung kommen müssen. Gewiß ist das Eine: das Vaterland ist in Gefahr, die Partei der Nichtwähler wird diesmal über Aufstieg oder Zusammenbruch entscheiden. Wer aus Bequemlichkeitsgründen am Sonntag seine Stimme nicht abgibt, beschleunigt den Untergang des deutschen Volkes.

Zwecks Aufklärung der Wähler liegen unserer heutigen Ausgabe — der letzten vor der Wahl —, soweit sie durch unsere Boten ausgetragen wird, noch einmal ein Flugblatt und ein Wahlzeitung bei, betitelt:

„Wahlrecht ist Wahlpflicht" (Liste 2)

„Der konservative Deutsche" (Liste 16).

Wir empfehlen diese Sonder-Beilagen dem sorgfältigen Studium der Wählerinnen und Wähler.

— **Die Jahrmarktsvorbereitungen** fallen diesmal mit der Reichstagswahl zusammen. Es ist dies zwar kein schönes Zusammentreffen, aber es geht nicht anders. Beides ist wichtig, darum soll nicht eins dem andern untergeordnet werden. Vielleicht ist es sogar gut, daß die Marktfreuden die Wahlqualen rasch vergessen machen und die Wahlgegner bei einem guten Jahrmarktsschoppen Gelegenheit finden, sich wieder auszusöhnen. „Friede ernährt, Unfrieden verzehrt" ist ein bekanntes Sprichwort, das ganz besonders den Hitzköpfen ins Gedächtnis gerufen sei. — Der Markt mit seinen Freuden ist bei uns ein Volksfest, er vertritt die auf dem Lande übliche Kirmes, nur daß bei uns außer den Vergnügungsveranstaltungen das wirtschaftliche Getriebe durch die zahlreichen Verkaufsstätten noch hinzu tritt. Die wirtschaftliche Lage ist zwar keine gute, Hoffnungen auf größere Umsätze darf sich kein Geschäftsmann hingeben, immerhin aber kommt durch das Hereinströmen der Landbewohner wieder Geld ins Städtchen, das dann hier seinen Kreislauf macht. Möge gutes Marktwetter den Besuch von auswärts recht begünstigen.

— **Jahrmarkts-Tanzveranstaltungen** finden auch diesmal **im Schützenhause** und im **Ratskeller** statt. Unsere Stadtkapelle wird am Montagnachmittag auf dem Marktplatz ein **Platz-Konzert** aufspielen. Im „Ratskeller" können außerdem noch flotte Kegler bei einem **Gesügel-Auskegeln** wertvolle Gewinne erringen. In der **„Sorge"** spielt am Montag eine Querfurter Bandonionkapelle zum Jahrmarktstanz auf. Wir sehen also, es fehlt an nichts, Langeweile gibt es nicht.

— **Tonfilm in den Stadtlichtspielen.** Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, wird zum Jahrmarkt, am Sonntag und Montag, nachmittags und abends der große Ufatonfilm „Liebeswalzer" aufgeführt, zu dem eine neue Apparatur beste Wirkung verspricht. Zur Orientierung sei folgendes mitgeteilt: Eine neue Kunstform ist geschaffen, ein Werk, das die beiden volkstümlichsten und erfolgreichsten Kunstgattungen in sich vereinigt, die Operette und der Film. „Liebeswalzer" ist ein neues Glied in der Kette der großen Ufa-Ton- und Sprechfilme mit den sehr bekannten Darstellern: Willi Fritsch, Georg Alexander, Lilian Harvey und Hans Junkermann, die für ein ausgezeichnetes Spiel schon im voraus garantieren. „Liebeswalzer", wie das Wort, so schmeichelnd sich Film und Musik in Herz und Gefühl, so spielt und erklingt in leichtem mitreißendem Walzertakt unbekümmerte Lebensfreude und läßt die Liebe in stetem Tempo erglühen. Sie hören das eigentliche Leitmotiv des Filmes: „Du bist das süßeste Mädel der Welt". Gespielt werden diese Schlager durch die bekannten Jazzkapellen: Paul Godwin-Band. Genau wie der vorige Großfilm: „Dich hab ich geliebt", der sich Lorbeeren erntete, wird sich auch dieser Großfilm „Liebeswalzer" viele Anhänger erwerben. Im weiteren Beiprogramm: Der tönende Zeichen-Trickfilm „Der quakende Narr", sowie das Auge der Welt: „Die Ufa-Wochenschau" mit den bekannten Rekord-Fliegern „Gebrüder John", 553 Std in der Luft. — Wir dürfen den Aufführungen mit Interesse entgegensehen. Jedenfalls wird die Vorführung dieses epochemachenden Sprechfilms eine Jahrmarktssensation sein und der Besuch des Filmes eines der schönsten Jahrmarktserlebnisse darstellen.

— **Turnverein (T. V.)** An dem 28-jährigen Stiftungsfeste des Turnvereins Oberheilbringen verbunden mit Höchstleistungsturnen des Turnbezirks Artern nahmen von unserem Turnverein 8 Turner teil. — Im 100-m-Lauf wurde der Turner Hano Kröttgen mit 12 Sekunden Bezirksmeister, im 1000-m-Lauf der Turner Fritz Florstedt mit 39 Punkten Bezirksmeister. Die Leistung des Turners Florstedt ist besonders zu bewerten, weil er bei dem Lauf noch einen kleinen Unfall erlitt, verbunden werden mußte und trotzdem als Erster mit 300 m Vorsprung vor dem zweiten Sieger das Ziel erreichte. — Der Turner Bechel belegte im Steinstoßen den 2. und im Speerwerfen den 1. Platz. Die Siege wurden jedoch vom Schiedsgericht nicht anerkannt, weil er übertreten haben sollte. — Ein „Gut Heil" den Siegern.

— **Ueber Gesundheitspflege** konnte die leider nur kleine Anzahl Zuhörer im Experimentalvortrag über Hochfrequenz-Apparate Dienstagabend im „Hotel Zur Burg" manches Neue und Interessante hören. Zunächst war es eine jedem verständliche Schilderung des Zeltels'schen Heilverfahrens und die Lüftung des Schleiers, der noch immer den großen Wundermann und Wohltäter der Menschen im Gallspach umgibt. Das heutige Krankenkassensystem, das für die Kranken wenig, aber für Verwaltungspaläste viel zur Verfügung stellt, rückte der Sprecher ins rechte Licht und betonte auch die Ursachen, weshalb die Aerzte immer noch der elektrischen Behandlung Kranker abgeneigt seien. Die Erläuterungen der jetzt so rapid in Aufnahme kommenden elektrischen Heil-Apparate, die Besprechung der verschiedensten Krankheiten waren so interessant, daß wohl jeder bedauerte, seine nächsten Angehörigen zum Vortrag nicht mitgenommen zu haben. Am Schluß fand dann noch eine praktische Anwendung der verschiedensten zu einem Apparat gehörenden Röhren statt. Jeder, der sich zu einem Versuch zur Verfügung stellte, bestätigte das behagliche Gefühl, das beim Durchdringen des Körpers mit dem elektrischen Strom ihn befällt.

— **Die Lehrer der Provinz Sachsen tagen.** Der Lehrerverband der Provinz Sachsen hält vom 6.—8. Oktober seine diesjährige Haupt- und Vertreterversammlung in Neuhaldensleben ab. Es werden etwa 1500 Teilnehmer erwartet. In der Hauptversammlung kommt das Thema: „Einheitlichkeit der Volks- und Berufsschule" zur Behandlung. Die Vertreterversammlung wird sich neben vereinstechnischen Fragen mit Referaten und Aussprachen über den drohenden Bildungsabbau in Preußen, über die Pädagogischen Akademien, die Lehrerfortbildung und andere Schulfragen beschäftigen.

— **Warnung!** Die Handwerkskammer Halle teilt uns mit, daß von einem Reisenden der Firma Gebr. Olbrysch in Essen, Werrastr. 4, versucht wird, die Handwerkerkreisen ein Buch „Wissenschaft und Praxis" abzustatten. Der Reisende bedient sich hierbei unlauterer Manipulationen, indem er sich u. a. als Vertreter der Handwerkskammer vorstellt. Die Handwerkskammer macht darauf aufmerksam, daß dem ihr Vertreter zum Absatz von Büchern nicht bestellt sind. Vertreter der Handwerkskammer haben die Pflicht, sich bei den Handwerksmeistern unaufgefordert durch Vorlegung einer von der Handwerkskammer ausgestellten Bescheinigung zu legitimieren.

— **Was wird am 1. Oktober 1930?** Der Zwangszinssatz für Aufwertungshypotheken soll am 1. Oktober d. Js. von der Regierung so festgesetzt werden, daß diese pari stehen. Da der landesübliche Zinsfuß für erstklassige Hypotheken $9^1/_2$ Prozent beträgt, müßte dieser auch für die Aufwertungshypotheken maßgebend sein, sollen diese ihren vollen Wert erhalten. Da 10 Milliarden Aufwertungshypotheken in Frage kommen, wären 450 Millionen RM. für diese Mehrverzinsung erforderlich. Nach einem Beschluß des Reichstages darf aber diese Summe nicht durch Erhöhung der Mieten aufgebracht werden; vielmehr wurde den Hausbesitzern eine Senkung der Hauszinssteuer in Aussicht gestellt, damit sie die vermehrten Lasten tragen können. Jetzt will aber der Reichsfinanzminister Dietrich von 1600 Millionen RM. Hauszinssteuer 1200 Millionen für Länder und Gemeinden in Anspruch nehmen und den Rest von 400 Millionen dem Baumarkt überlassen. Wir fragen: Woher soll dann das Geld für die Mehrverzinsung der Aufwertungshypotheken genommen werden?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300913-16/fragment/page=0002

Bottendorf. [Feueralarm.] Mittwoch morgen gegen 1 Uhr, als die Leute nach den Kirmesfreuden der letzten 2 Tage in tiefem Schlaf lagen, erscholl Feueralarm. Es brannte der kleine, massive Stall des Bergmanns Herold, hier. Die Feuerwehr konnte nach kurzer Zeit den Brand auf seinen Herd beschränken. Auswärtige Spritzen brauchten nicht angefordert zu werden. Ueber die Entstehungsursache des Feuers konnte nichts ermittelt werden.

Camburg. In der Handelsmühle von G. Luft wurde seit Montag ein aus Bad Kösen stammender 19jähriger Kaufmann vermißt. Er war zuletzt an der Weizenabnahme beschäftigt. Wie sich jetzt herausgestellt hat, muß er dort in die Getreidehaufen geraten sein und ist dann durch das niederrieselnde Getreide erstickt. Die Leiche des Verunglückten wurde erst am anderen Morgen gefunden.

Aus Nah und Fern.

Berlin. Rätselhafter Tod einer Postlaborantin. Im Chemischen Laboratorium des Reichspostzentralamtes in Tempelhof fiel die 22jährige Laborantin Anna Huwald aus Steglitz einem rätselhaften Unfall zum Opfer. Während sie mit mehreren Kolleginnen im gleichen Raume zusammenarbeitete, stürzte sie plötzlich zu Boden. Der herbeigerufene Arzt stellte den Tod des jungen Mädchens fest, der auf das Einatmen giftiger Dämpfe zurückgeführt wird. Unerklärlich bleibt bisher die Tatsache, daß die anderen in dem gleichen Raum befindlichen Personen keinerlei Schaden davongetragen haben. Eine Untersuchung ist im Gange.

Berlin. Ein neuer Fall Frenzel? Der 46 Jahre alte pensionierte Eisenbahnschaffner Karl Baader wurde von der Kriminalpolizei unter dem dringenden Verdacht in Haft genommen, sich schwer an seinen beiden Töchtern, die im Alter von 19 und 17 Jahren stehen, vergangen zu haben.

Gardelegen (Altm.). Regelrecht aufgespießt. Einen schrecklichen Tod erlitt die 19jährige Haustochter Lina Fricke in dem bei Gardelegen gelegenen Dorfe Berge. Auf dem Gehöft ihrer Eltern war sie mit Heuabladen beschäftigt und stürzte dabei vom Heuwagen. Das Mädchen fiel in untenstehende Gerätschaften und wurde regelrecht von Heugabeln aufgespießt. Die Verunglückte starb unter entsetzlichen Schmerzen.

Bremen. Streikposten mißhandeln Arbeitswillige. Durch den Schiedsspruch des Schlichters Dr. Völcker-Bremen sind die Arbeiter bei den Metallwerken Unterweser verpflichtet, die Arbeit wieder aufzunehmen. Wenn auch in einigen Betrieben wieder gearbeitet wird, werden Arbeitswillige vielfach durch die Organisationen und Streikposten von der Arbeit ferngehalten werden. Dabei ist es zu schweren Tätlichkeiten gekommen, so daß die Gendarmerie einschreiten mußte. Drei Personen wurden verhaftet, da sie sich schweren Landfriedensbruches schuldig machten.

Krefeld. Großfeuer in einer Lederfabrik. In Hüls brannte das Werkgebäude der Lederfabrik Reins und Haase, in dem sich große Gerbvorräte befanden, vollständig nieder. Der Schaden, der durch Versicherung gedeckt ist, beläuft sich auf etwa eine Million Reichsmark. Die Brandursache konnte noch nicht festgestellt werden.

Dortmund. Der Doppelmord von Schwinde aufgeklärt. Der Doppelraubmord, der in der Nacht zum 7 September im Dorf Schwinde bei Winsen an der Luhe ausgeführt wurde und dem die Eheleute Voß zum Opfer fielen, ist aufgeklärt worden. Die beiden Mörder, die aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk stammen, wurden in Bochum verhaftet. Es sind die Arbeiter Alois Lause und Karl Schulz.

Kassel. Tod durch eine elektrische Handlampe. Der in Hoof bei Kassel aus Berlin zu Besuch weilende 25jährige Otto Sosforth wollte im Keller seiner Schwiegereltern die Wand ausbessern, wobei er eine selbstgefertigte elektrische Lampe in der Hand hielt. Während der Arbeit wurde der junge Mann plötzlich vom elektrischen Strom getötet, obgleich die Spannung nur 220 Volt betrug.

Der Bau der drei Rheinbrücken.

Berlin, 12. September. Der Reichsverkehrsminister teilt mit, daß nunmehr das Uebereinkommen über den Bau der drei Rheinbrücken bei Ludwigshafen-Mannheim, Maxau und Speyer endgültig festgelegt ist. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft wird, nachdem alle Vorbereitungen zum Bau der Widerlager und Pfeiler und der Herstellung der eisernen Ueberbauten für die Brücke bei Ludwigshafen-Mannheim getroffen sind, mit der Bauausführung unverzüglich beginnen.

Flugzeugunglück in Mecklenburg.

Schwerin, 12. September. Ein Flugzeug der Verkehrsfliegerschule Braunschweig stürzte an der Schwerin-Ludwigsluster Bahnstrecke in der Nähe der Ortschaft Rastow ab. Der Führer, Dipl.-Ing. von Ungern-Sternberg aus Braunschweig, der sich mit einem Udet-Flamingo-Doppeldecker auf dem Fluge nach Warnemünde befand, wurde sofort getötet. Die Ursache des Unfalls soll in Motorstörungen zu suchen sein.

Ankunft Henry Fords in Cherbourg.

Paris, 12. September. Henry Ford ist an Bord der „Bremen" in Cherbourg eingetroffen und nach Paris weitergereist. Er wird längeren Aufenthalt in Frankreich nehmen und sich dann nach Deutschland begeben.

Brand auf dem Zielschiff „Zähringen"

Berlin, 12. September.

Auf dem Zielschiff „Zähringen" ist nach einem Treffer im Achterschiff ein Brand ausgebrochen. Das Schiff liegt vor Holtenau zu Anker.

Starke Schlepper des Marinearsenals und der Deutschen Werke wurden auf drahtlosem Wege zur Hilfe herbeigerufen. Als sich der Brand immer weiter ausbreitete, wurde das Feuerlöschboot der Berufsfeuerwehr Kiel zur Hilfeleistung angefordert, das auch sofort längsseit kam. Nach der Ankunft im Kieler Hafen machte das Zielschiff an Boje 2. 12 fest, wo das Feuer zunächst soweit gedämpft wurde, daß ein weiteres Verholen nach dem Arsenal stattfinden konnte. Der stark übelriechende Qualm der Korkmassen erschwerte die Arbeit ungemein und rief bei den Löschmannschaften mehrere leichtere Fälle von Rauchvergiftung hervor.

Wieder ein französisches Militärflugzeug abgestürzt. Die Serie der schweren Unglücksfälle in der französischen Militärfliegerei nimmt kein Ende. Auf dem Militärflugplatz in Orly bei Paris ereignete sich wiederum ein schweres Unglück, bei dem zwei Marineoffiziere den Tod fanden. Die Maschine war kurz nach 20 Uhr zu einem Uebungsflug aufgestiegen und hatte kaum eine Höhe von 200 Metern erreicht, als sie plötzlich senkrecht abstürzte. Die beiden Insassen waren auf der Stelle tot. Als Ursache des Absturzes wird auch hier wieder Geschwindigkeitsverlust angegeben.

Eisenbahnkatastrophe in Zürich

2 Tote, 10 Verletzte.

Zürich, 12. September.

Ein schweres Straßenbahnunglück, bei dem zwei Frauen ums Leben kamen und zehn Personen verletzt wurden, ereignete sich in Zürich. In einem Straßenbahnhof waren drei aneinandergekoppelte Anhängewagen auf bisher unbekannte Weise in Bewegung gekommen. Ehe der Vorgang bemerkt werden konnte, rollten die Wagen auf dem etwas abschüssigen Gelände aus dem Bahnhof hinaus und die abschüssige Straße hinunter.

An einer Haltestelle fuhren die Wagen auf einen gut besetzten Straßenbahnwagen auf, der darauf ebenfalls in rasende Fahrt geriet. In einer scharfen Kurve sprangen die Wagen aus dem Gleise und der vorderste Wagen zerschellte an einer Mauer, die drei nachfolgenden schoben sich in die Trümmer des ersten Wagens hinein. Aus den Trümmern erschollen furchtbare Schreie. Glücklicherweise war bald ärztliche Hilfe zur Stelle. Die zehn Verletzten, darunter ein Fräulein Schaller aus München, wurden sofort in ein nahe gelegenes Krankenhaus gebracht. Die beiden Toten konnten erst nach mehrstündiger Arbeit aus den Trümmern geborgen werden.

Unter dem Eindruck des furchtbaren Unglücks beging der stellvertretende Leiter des Straßenbahnhofs einen Selbstmordversuch, indem er einen Mast der elektrischen Hochspannung erkletterte. Mit schweren Brandwunden stürzte er zu Boden nieder.

Wir kämpfen gegen den Marxismus

Wir lehnen ab: Umsturz und Bürgerkrieg

Darum **nicht Hitler**

Wir lehnen ab: Katastrophenpolitik

Darum **nicht Hugenberg**

Wir wollen

Aufbauarbeit mit Hindenburg

Darum **Deutsche Volkspartei** **Liste 5**

(Dr. Cremer, Schmidtchen, Erbroth, Frau Witholz, Barthel)

Eine abenteuerliche Fahrt im plombierten Hanomag unternimmt z. Zt. der Alpenfahrer-Sieger L. v. Raffay durch 12 Länder. Der Fahrer ist mit seinem Begleiter in Saloniki eingetroffen. An der mazedonischen Grenze mußte der Wagen durch 8 brückenlose Flußläufe fahren und geriet dann in einen Sumpf, aus dem ihn ein Büffelgespann wieder herauszog. Die Fahrt durch Albanien ging über weg- und steglose Gebiete, über Geröll, durch wildzerklüftete Felsen, durch Sumpf und Morast und stellte schier unglaubliche Anforderungen an die Ausdauer der Fahrer und das Material des Hanomag. Trotz dieser starken Gewaltprobe sind noch alle Plomben unverletzt; ein Zeichen dafür, daß bisher noch kein Ersatzteil gebraucht wurde. Ueberall wird der Hanomag-Wagen lebhaft begrüßt und man bewundert seine Leistungen

Spiel und Sport.

Nebraer Sportvereinigung von 1924.

Morgen nehmen die Kämpfe um Punkte und Titel ihren Fortgang. Unsere 1. sowie die 2. Mannschaft müssen nach Carsdorf und treten gegen die gleichen Mannschaften des T. u. S.V. Carsdorf an. Carsdorf wäre wohl zu bezwingen, doch die Tücken des Platzes sprechen hier eine große Rolle mit. Außerdem muß die 1. Mannschaft mit zwei Ersatzleuten antreten, diese sollten jedoch voll befriedigen. Abfahrt der Mannschaften mit den Fahrrädern vom „Weißen Roß" mittags 12 Uhr. Die 3. Mannschaft trifft im Punktspiel auf die 1. Juniorenmannschaft vom Sportklub „Eintracht" Roßleben. Dieses Spiel findet um 3 Uhr auf unserem Platze statt und dürfte daher seine Anziehungskraft nicht verfehlen. Ueber die augenblickliche Stärke der Juniorenelf von „Eintracht" Roßleben ist uns nichts bekannt. Wir müssen daher das morgige Spiel abwarten und sehen, wer als Sieger aus diesem Treffen hervorgeht. Die Schülermannschaft fährt 10^{15} Uhr nach Artern und erledigt dort das Rückspiel gegen die Schülermannschaft des V. f. B. Vergangenen Sonntag blieben unsere Schüler siegreich und sollten, wenn sie nicht ersatzgeschwächt fahren, auch diesmal wieder den Sieger stellen.

Unsere Mitglieder möchten wir nochmals an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, daß Montag der letzte Tag zur Abgabe der Meldungen für unser Werbesportfest ist. Später eingehende Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Wir bitten daher um umgehende Abgabe der Meldungen.

Kirchliche Nachrichten

13. Sonntag nach Trinitatis, den 14. September 1930.

Sonntagsspruch: Denke keiner wider seinen Bruder etwas Arges in seinem Herzen. (Socharja 7, Vers 10).

1/2**10 Uhr** vorm.: Hauptgottesdienst (Predigt über Luk. 10, V. 42).
3/4 11 Uhr: Kindergottesdienst für die ältere Abteilung in der Kirche.
3/4 11 Uhr: Kindergottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindesaal.
Mittwoch, abends 1/4**9** Uhr: Bibelstunde im Gemeindesaal (von Johs. 5, V. 37 an).
Freitag, abends 8 Uhr: Jungfrauen-Verein im Gemeindesaal.

Reinsdorf.

Sonntag, den 15. 9., **11** Uhr: Gottesdienst.

So tief ich die parteipolitische Zersplitterung der national u. monarchisch gerichteten Kreise unseres Volkes bedauere u. so gern ich als alter Offizier persönlich an der traditionellen Ueberparteilichkeit festhalten möchte, so aufrichtig werde ich bei der bevorstehenden Reichstagswahl mich von den Anschauungen der deutschnationalen Volkspartei leiten lassen u. meine Stimme ihrem jetzigen Führer bz. ihren Kandidaten geben.

Falkenwalde b. Stettin 1. 9. 30.

v. Mackensen.

General Feldmarschall.

Drucksachen

für Handel Gewerbe und Industrie

fertigt an

Buchdruckerei W. Sauer

Rossleben.

Gasthaus „Zur Sorge"

Zum Jahrmarkt, am Montag, 15. September., von nachmittags 3 Uhr an

Groß. Jahrmarkts-Musik

des fidelen Bandonium-Klubs Goldhorn-Querfurt.

Es laden freundlichst ein

Goldhorn **Bernschein**

Wir reinigen und färben

Damen- und Herren Garderobe.

Wir waschen

Kragen u. Oberhemden und Haushaltswäsche. Bekannt gute Ausführung

Vereinigte Färbereien & Wäschereien

MAUERSBERGER-GALGENBERG-UNION-GIESERT-G.M.B.H.

Annahme bei:

Friedrich Groß

Schneidermeister

Nebra, Reinsdorfer Straße 4

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300913-16/fragment/page=0003

Betr. Reichstagswahl am 14. d. Mts.

Gemäß § 47 der Reichsstimmordnung wird folgendes bekannt gegeben:

Für die am Sonntag, den 14. September d. Js., stattfindenden Neuwahlen zum Reichstag ist die Stadt Nebra in zwei Abstimmungsbezirke eingeteilt.

Der Abstimmungsbezirk I umfaßt folgende Straßen: Großwangener Straße, Bahnhofstraße, Am Unterbrunnen, Am Schloßberg, Am Bleichplanweg, Poststraße, Altenburgstraße, Unter der Altenburg, Privatstraße, Rosentalstraße, Wilhelmstraße, Neue Reihe, Grabenmühlenweg, Grabenschleuse, Brauergasse, Lederberg, Am Kirschgarten, Feldstraße, Katzel, Breitestraße 1—15, Reinsdorfer Weg.

Der Abstimmungsbezirk II umfaßt folgende Straßen: Breitestraße Nr. 16—65, Reinsdorfer Straße, Am Klippenteich, Kirchweg, Pfarrgasse, Am Entenplan, Markt, Große und Kleine Schloßgasse, Laternengasse, Kollerhof, Promenade, Blücherplatz, Vorm Obertor, Am Oberteich, Wasserweg, Schäferei, Orlas und Rittergut.

Wahlvorsteher ist

für den Abstimmungsbezirk I der Beigeordnete Meitz,
" " " II der Mag.-Ass. Franke,

stellvertretender Wahlvorsteher ist

für den Abstimmungsbezirk I der Mag.-Ass. Hankel,
" " " II der Mag.-Ass. Rammelt.

Wahllokal für den Abstimmungsbezirk I ist das untere rechte Klassenzimmer, für den Abstimmungsbezirk II das untere linke Klassenzimmer im alten Schulgebäude.

Die Wahlzeit für die Reichstagswahl ist von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr (17 Uhr) nachmittags festgesetzt.

Für die Wahl werden amtliche Einheitsstimmzettel und besondere Wahlumschläge im Wahlraum ausgegeben. Der Wahlstimmzettel enthält alle zugelassenen Kreiswahlvorschläge, die Parteien und die Namen der ersten vier Bewerber jedes Wahlvorschlages. Die Wahlumschläge tragen einen amtlichen Stempel. Jeder Wähler muß also einen Stimmzettel mit seiner vermerkten Stimme in den Umschlag für die Reichstagswahl legen.

Der Wähler nimmt einen abgestempelten Umschlag und einen Einheitsstimmzettel aus der Hand einer Person, die der Wahlvorstand in dem Wahlraume aufgestellt hat. Er begibt sich sodann in den hergerichteten Verschlag, um dort den Stimmzettel in einen Umschlag zu stecken. Vorher hat er durch ein Kreuz, eine Unterstreichung oder in sonst erkennbarer Weise den Wahlvorschlag kennbar zu machen, dem er seine Stimme geben will. Er tritt sodann an den Vorstandstisch, nennt seinen Namen, und auf Erfordern seine Wohnung und übergibt, sobald sein Name in der Stimmkartei aufgefunden worden ist, den Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher, der ihn sofort uneröffnet in die Wahlurne legt.

Inhaber von Stimmscheinen nennen ihren Namen und übergeben den Stimmschein dem Wahlvorsteher.

Wähler, die durch körperliche Gebrechen verhindert sind, ihren Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und diesen dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Ungültig sind Stimmzettel:

1. Die nicht in einem amtlich gestempelten Umschlag oder, die in einem mit unzulässigen Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden sind,
2. die mit einem unzulässigen Kennzeichen versehen sind,
3. die keinen zugelassenen Wahlvorschlag zweifelsfrei bezeichnen,
4. die mehr als einen zugelassenen Wahlvorschlag bezeichnen,
5. die eine Verwahrung oder einen Vorbehalt gegenüber allen Bewerbern enthalten und solche Stimmzettel, denen eine Drucksache oder ein Schriftstück beigelegt ist.

Mehrere in einem Umschlag enthaltene gleichlautende Stimmzettel gelten als eine Stimme.

Zutritt zum Wahlraum hat jeder Wähler. Ansprachen darf niemand halten. Nur der Wahlvorstand darf über das Wahlgeschäft beraten und beschließen. Er kann jeden aus dem Wahlraum verweisen, der die Ruhe und Ordnung der Wahlhandlung stört. Ein Wähler, der davon betroffen wird, darf vorher seine Stimme abgeben.

Zur Stimmenabgabe sind nur Personen zugelassen, die in der Stimmkartei eingetragen sind oder im Besitze eines Stimmscheines sind.

Nebra, den 8. September 1930.

Der Magistrat. Grünberg.

Der Treff aller Marktbesucher ist und bleibt das
Schützenhaus
Preiswerte Küche / Gutgepflegte Biere
Sonntag nachmittag und abend
TANZ-DIELE
(Uebertragung der Reichstagswahl-Ergebnisse.)
Montag nachm. auf dem Marktplatz unter der Linde
Platz-Konzert.
Montag abend im großen Saal
Internationaler Jahrmarkts-Tanz
Das gesamte Stadt-Orchester ist eingeteilt in zwei Stimmungskapellen
Dauertanz / Große Ueberraschungen / Billige Preise
Es laden freundlichst ein
Schützenhauswirt Janda / Musikdirektor Stein

Spare mündelsicher bei der **Stadt-Sparkasse Nebra** a. U.

J. C. KÖNIG & EBHARDT
DEUTSCHE ZETTELUCHERFABRIK
HANNOVER
und anderer bekannnter Firmen liefert
Wilh. Sauer, Roßleben.

Mit Hindenburg für Deutschlands Rettung!
Wahlgang ist Pflicht
Wählt Deutsche Volkspartei!
Liste 5
Deutsche Volkspartei
Dr. Cremer — Schmidtchen — Erbroth — Frau Witholz
Hierher das Kreuz!

Stadt-Lichtspiele „Preuß. Hof"
Zum Jahrmarkt
Sonntag und Montag, nachm. und abends:
Der große deutsche 100%ige Tonfilm-Schlager!
Diese köstliche Tonfilm-Operette voll Herz, Humor und Satire läßt Sie die Sorgen des Alltags vergessen.

Liebeswalzer
„Liebeswalzer", wie diese Worte, so schmeicheln sich Film und Musik in Herz und Gefühl. In leichtem, wiegendem Rhythmus, im Walzertakt, dem Ausdruck unbeschwerter Lebensfreude, ziehen die Bilder vorüber und lassen die Liebe in stetem, mitreißendem Crescendo erglühen.
Die vier Schlager des Films:
„Liebeswalzer", getanzt von Lilian Harvey und Willy Fritsch, als Duett gesungen von Augustin Egen und Emmy von Stetten.
„Du bist das süßeste Mädel der Welt", eigentliches Leitmotiv des Films, gesungen von Georg Alexander sowie auch noch von Willy Fritsch.
Entzückende Musik / / / Bezaubernde Einfälle
Preise der Plätze: 1.00, 1,20 und Sperrsitz (numeriert) 1.50 Mk.
Vorverkauf bei Borgwardt.

Wolko-Schuhe
sind das Erzeugnis einer der ältesten und leistungsfähigsten deutschen Schuhfabriken.
Millionen tragen Wolko-Schuhe
Nur diese überaus grosse Beliebtheit und Verbreitung ermöglichen die rationelle und vorbildliche Herstellung in der bekannt strapazierfähigen Qualität und den kleidsamen, modernen Formen
zu so billigen Preisen

8.75 10.75 12.75 14.75
ALLEINVERKAUF:
Herm. Sachse, Schuhmachermeister
Ein Wolko-Schuh ist immer gut!

Zum Jahrmarkt im
Ratskeller
von vormittags 11 Uhr an
Geflügel-Auskegeln

Von abends 7 Uhr ab
Flotter Jahrmarktstanz
bei freiem Eintritt!
Am Tage in der Gaststube Unterhaltungsmusik.
Flotte Damenbedienung
von Sonntag an. — — —
Es ladet freundlichst ein
Der Ratskellerwirt Ködderitzsch.

Bringe zum
Jahrmarkt in Nebra
(Montag und Dienstag)
wieder einen
großen Posten
Emaillewaren
staunend billig zum Verkauf.
Firma
Witwe Meta Winter
Inh.: Wilh. Schuch
aus Thale, H.
Stand wie immer!

Drucksachen
liefert prompt und preiswert die
aller Art
für alle Geschäftszwecke
für jeden Privatbedarf
in besten Ausführungen
Buchdruckerei Wilh. Sauer

Im Kampf für den Mittelstand
war die Deutsche Volkspartei jahrelang allein.
Die Wirtschaftspartei stand abseits.
Heute erkennt auch sie, daß dem Mittelstand nur durch Mitarbeit in der Reichsregierung geholfen werden kann.
Sonderparolen für eine einzelne Partei haben die großen Mittelstandsverbände abgelehnt.
Darum, Mittelständler,
Hinein in die Hindenburgfront
durch die Deutsche Volkspartei Liste 5
(Dr. Cremer, Schmidtchen, Erbroth, Frau Witholz, Barthel)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300913-16/fragment/page=0004

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 109 — Sonnabend, den 13. September 1930 — 43. Jahrgang

Die 11. Völkerbundstagung.

Erste Vollversammlung.

Genf, 11. September.

Die 11. ordentliche Vollversammlung des Völkerbundes ist durch den Präsidenten des Völkerbundsrates Zumeta (Venezuela) eröffnet worden. Im Saale sind 5 Ministerpräsidenten und 18 Außenminister anwesend, darunter zum ersten Male der südafrikanische Ministerpräsident Hertzog.

Jede Abordnung ist durch drei offizielle Abgesandte vertreten, Deutschland durch den Reichsaußenminister Curtius, Graf Bernstorff und Ministerialdirektor Gaus. Als Vertreter der anderen großen Mächte sieht man Briand, Henderson, Schober, den belgischen Außenminister, die drei Außenminister der Kleinen Entente und Polens, ferner die bekannte und überall geschätzte Persönlichkeit des greisen Grafen Apponyi sowie auch den bereits betagten italienischen Senator Scialoja, der nach der plötzlichen Abreise des Außenministers Grandi seit längerer Zeit wiederum im Völkerbundsrat seine Regierung vertritt. Die Tribünen sind überfüllt. Einige hundert Pressevertreter sind anwesend.

Kurz vor elf Uhr erklärte Präsident Zumeta, neben dem der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drumond, Platz genommen hat, die elfte ordentliche Tagung des Völkerbundes für eröffnet. Er verlas die übliche Präsidentenrede, die die bisherige Tätigkeit, Verdienste des Völkerbundes hervorhebt, sowie die Fortschritte des Völkerbundes preist und Hoffnungen für die Zukunft ausdrückt.

Gedenken Stresemanns.

Bei der Eröffnung der Vollversammlung des Völkerbundes hob der Präsident insbesondere die Tatsache des Hinscheidens von Dr. Stresemann hervor. Als wahrhafter Patriot habe Dr. Stresemann gewußt, daß das Wohlergehen jedes Volkes seit 1914 unlöslich an das Wohlergehen der Gesamtheit der Völker gebunden sei. Die Erinnerung an Dr. Stresemann bedeute gleichzeitig den dringenden Wunsch für den Abschluß der großen Aufgabe, die er sich gestellt habe und die sein Leben abkürzte, jedoch auch seinen Ruhm geschaffen habe.

Zugleich gedenke die Völkerbundsversammlung des glühenden Vorkämpfers für die große Sache der Menschheit, Fridtjof Nansens. Die Eröffnungsrede streifte sodann vorsichtig die Ergebnisse der Londoner Flottenkonferenz. Briand wurde der Dank für die Inangriffnahme des Problems einer endgültigen Befriedung Europas ausgesprochen.

Französische Politik im Völkerbundssekretariat.

In deutschen Kreisen wird mit großem Befremden festgestellt, daß die amtliche Mitteilung des Völkerbundssekretariats über die Saaraussprache im Völkerbundsrat am Dienstag zwar eingehend die Erklärungen Briands über den französischen Standpunkt bringt, die entscheidenden deutschen Erklärungen des Reichsaußenministers jedoch unterschlägt. Die Mitteilung erwähnt die ausführlichen Erklärungen Dr. Curtius' nur mit einigen wenigen nichtssagenden Zeilen, während von der Rede Briands ein ausführlicher Auszug wiedergegeben ist.

Die Mitteilung des Völkerbundssekretariats verfolgt offensichtlich die Absicht, als die Unterlage für die Berichterstattung der internationalen Presse die öffentliche Meinung im Sinne des französischen Standpunkts in der Saarfrage zu beeinflussen.

Boykott.

Dänemark und die deutsche Handelspolitik.

Kopenhagen, 11. September.

Die Vereinigten Elektrizitäts-Werke von Südwest-Jütland haben gegenüber Deutschland sich zu einem Schritt entschlossen, der Befremden erregen muß. Die Werke hatten die Lieferung eines neuen Generators öffentlich ausgeschrieben. Unter den Angeboten befand sich ein deutsches, das etwa 10 v. H. unter den dänischen lag. Gleichwohl hat sich die Direktion für ein dänisches Angebot entschieden, das 110 000 Kronen kostet.

Ihre Entscheidung will sie in einem Schreiben an die deutsche Firma, die das Angebot gemacht hat, damit begründen, daß, wenn Deutschland eine Handelspolitik treibe, die zum Schaden der dänischen Landwirtschaft und des deutschen Wirtschaftslebens sei, so müsse Dänemark zu Gegenmaßnahmen schreiten. Das amtliche Deutschland dürfe sich nicht wundern, wenn die dänische Landwirtschaft gegen die deutsche Handelspolitik reagiere.

Diese dänische Politik werde fortgesetzt werden, wenn sich die Gelegenheit dazu biete. Das sei namentlich bei Kohlenlieferungen der Fall. Die westjütischen Molkereien hätten früher vornehmlich deutsche Kohlen bezogen. Von nun an sei eine Schwenkung vorgenommen worden und man würde zukünftig nur englische Kohlen kaufen.

Dieser Schritt des dänischen Elektrizitätswerkes greift einer etwaigen Neuregelung der deutsch-dänischen Handelsbeziehungen in einer Form vor, die nicht geeignet ist, kommende Verhandlungen zu erleichtern. Die Beschwerden Dänemarks über die deutsche Handelspolitik beziehen sich auf den deutsch-finnländischen Vertrag, der aber nicht vor Ende November in Kraft treten kann. Der Streitpunkt ist hier eine den bisherigen Gepflogenheiten des internationalen Handelsrechts widersprechende Auslegung der Meistbegünstigungsklausel durch Dänemark. Dänemark behauptet, daß Zollkontingente auf Grund der Meistbegünstigung von anderen Staaten nicht in absoluter Höhe, sondern in relativer Höhe im Verhältnis zu der sonst üblichen Ausfuhrmenge angerechnet werden müßten, so daß im konkreten Fall Dänemark nicht allein die im finnländischen Vertrag zugestandene Buttermenge unter der Zollbindung nach Deutschland einführen dürfe, sondern eine sehr viel höhere Menge. Es muß ferner darauf verwiesen werden, daß z. B. in Lettland der lettische Bauernbund, die stärkste Regierungspartei, zum deutsch-finnländischen Vertrag ausdrücklich erklärt hat, Lettland müsse sich rechtlich mit ihm abfinden; allerdings ergäbe sich dann für künftige Handelsvertragsabschlüsse die Folgerung, daß man auf die allgemeine Meistbegünstigung verzichten und die Gegenseitigkeitsklausel einführen müsse. Uebrigens waren die deutsch-finnländischen Vertragsverhandlungen auch von Teilen der holländischen Landwirtschaft zum Anlaß genommen worden, eine Boykottbewegung gegen Deutschland anzudrohen. Man hat jedoch holländischerseits auf die Durchführung dieses Boykotts verzichtet und lediglich die Forderung einer grundsätzlichen internationalen Klärung erhoben. Es würde auch den dänischen Interessen nur dienen, wenn Dänemark nach dem Beispiel Lettlands und Hollands Verhandlungen nicht durch vorschnelle und unwirtschaftliche Maßnahmen erschweren würde.

Wie urteilt das Ausland?

Unterredung mit einem amerikanischen Bankfachmann.

Neuyork, 12. September.

Einer der angesehensten internationalen Wirtschaftskenner Mr. Murnane von dem Neuyorker Bankhaus Lee Higginson hat die Eindrücke eines mehrmonatlichen Aufenthaltes in Deutschland in einem Interview mit der „New York Times“ niedergelegt. Seine Ausführungen verdienen vom deutschen Standpunkt aus ebensoviel Interesse wie vom amerikanischen. Murnane ist ein Geschäftsmann. Was er in ruhiger Abwägung über die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands sagt, ist rein vom Standpunkt des Geschäftsmannes aus zu werten. Murnane sagt und will sagen: ich habe das deutsche Geschäft geprüft und habe gefunden, daß es gut und sicher ist; Deutschland ist kreditfähig und ist kreditwürdig; man kann Vertrauen zu ihm haben. Eine so gewichtige Stimme wie die seine wird sicher bei den führenden Wirtschaftlern der Welt nicht ohne Wirkung bleiben. Das deutsche Interesse an den Murnanschen Ausführungen aber erstreckt sich im wesentlichen auf die Frage, wie Murnane seinen optimistischen Eindruck über Deutschlands Zukunft begründet. Diese Begründung ist eine politische. Er spricht davon, daß die Regierungspolitik das Budget von den Lasten der Arbeitlosenversicherung weitmöglichst befreit und dadurch ein jahrelanges Element der Unsicherheit beseitigt hat; er spricht von dem großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramm, das auf dem Wege über Reichsbahn und Reichspost und andere Behörden mehr als 1 Milliarde Rm. in die Wirtschaft hineingepumpt hat; und er spricht auch von den Steuererhöhungen, die zwar unpopulär seien, aber auch unvermeidlich. Wenn man weiß, wie von manchen Seiten all diese Maßnahmen in Deutschland selbst kritisiert worden sind, so ist die Schlußfolgerung von besonderem Interesse, die Murnane als ein besonders maßgebender Ausländer aus den gleichen Tatsachen zieht:

„Die deutsche Regierung — so erklärt er wörtlich — hat durch ihre bisherigen Maßnahmen einen Geist der Führung und Entschlossenheit gezeigt, die einen hoffnungsvollen Ausblick in die Zukunft eröffnen. Man darf hoffen, daß die kommenden Reichstagswahlen die bisher eingeschlagene Richtung bestätigen und befestigen werden. Ich glaube, daß der gesunde Sinn des deutschen Volkes den politischen Extremen mißtraut, sich bei den Wahlen dahin entscheiden wird, den bisher eingeschlagenen Kurs nicht zu gefährden.“

Es hat bisher auffallend an Aeußerungen des Auslandes über die deutsche politische Lage am Wahltage gefehlt. Hier endlich ist eine Aeußerung, und noch dazu die eines weltbekannten Wirtschaftlers. Sie dürfte auch in Deutschland einiges zu denken geben.

Aus Mangel an Mitteln …

Köln, 12. September.

Die diesjährigen Arbeiten am Mittellandkanal, die in der preußischen Provinz Sachsen und in Braunschweig ausgeführt werden, sind in Gefahr, aus Mangel an Mitteln vorzeitig zum Stillstand zu kommen. Dadurch würden mehrere tausend Arbeiter beschäftigungs- und brotlos. Die Stockung soll dem Blatt zufolge darauf zurückzuführen sein, daß die preußische Regierung sich weigert, ihren vertraglich vereinbarten Anteil an der Finanzierung dieser Arbeit bereitzustellen.

Nach dem Vertrag, den das Reich mit den in Betracht kommenden Ländern (Preußen, Sachsen, Braunschweig und Anhalt), im Jahre 1926 abgeschlossen hat, waren die Kosten für die Fortführung des Mittellandkanals so verteilt worden, daß ⅔ vom Reich und das übrige Drittel gemeinsam von den genannten Ländern aufgebracht werden sollten. Nach den für das Rechnungsjahr 1929 aufgestellten und von den beteiligten Regierungen genehmigten Plänen entfielen auf das Reich rund 18 Mill. Rm., auf Preußen etwa 7 Mill. Rm. Bei der Bezahlung dieses Betrages sei der preußische Staat mit 3 Mill. Rm. im Rückstand geblieben. Für das laufende Rechnungsjahr seien die Bauten im Einvernehmen zwischen den beteiligten Regierungen nach dem Plan des Vorjahres fortgeführt worden. Preußen habe jedoch von den in Frage kommenden 7 Mill. Rm. noch nicht einmal einen Teil bereitgestellt.

Der Anteil des Reiches und der übrigen Länder sei nahezu vollständig verausgabt, so daß die Arbeiten, die an sich bis in den Dezember hinein fortgeführt werden könnten, bereits Mitte Oktober zum Stillstand kommen würden.

Die preußische Regierung habe ihre Weigerung, die fälligen Bauraten abzuführen, in doppelter Weise zu begründen versucht, und zwar erstens mit dem Hinweis auf die schwierige Finanzlage Preußens und die Unmöglichkeit der Beschaffung von Deckung auf dem Anleihewege, zweitens damit, daß Preußen an das Reich bestimmte Forderungen aus der Wasserstraßen- und Eisenbahnabfindung sowie aus der Verrechnung der Pensionen für frühere preußische Wasserstraßenbeamte habe. Ueber diese Streitfrage, für die der preußische Staat augenscheinlich durch seine Haltung bei der Finanzierung der Mittellandkanal-Arbeiten eine Besserung seiner Position herbeizuführen beabsichtige, seien die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Im Vertrag von 1926, der nach dem Entstehen der erwähnten preußischen Forderung an das Reich abgeschlossen wurde, sei von der Möglichkeit einer Verquickung dieser Fragen oder von einer Aufrechnung der zu zahlenden bzw. zu vereinnahmenden Beträge nichts ge-

…enziffer.

…uguſt.

…11. September.

**…t in der zweiten
…versicherung und
… Der Zugang an
…sicherung hält sich
… der vorjährigen
…r Belastung der
…ßten ist um etwa
…g beider Unter-
…stand von rund**

…nden ist ebenfalls
… die noch in ge-
…er in Notstands-
… bei den Arbeits-
…schließlich der üb-
…gewissen Bestand-
…st rund 2 873 000
…r Zahl, die wäh-
… 80 000 gestiegen
…h in der zweiten
…Im ganzen ist der
…as stärker in Be-
…d Berufsgruppen
…smöglichkeiten zu
…gen überwiegend
gegenüberstehen.

Herabsetzung der Einwanderungsquoten.

Verweigerung des Visums.

Washington, 11. September.

Das Staatsdepartement hat in Ausführung der Anweisung des Präsidenten Hoover über weitere Beschränkung der Einwanderung die amerikanischen Konsuln in Europa

Mit Hugenberg zur Rettung der deutschen Wirtschaft! Liste 2!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300913-16/fragment/page=0005